

Presseinformation



Landtagsfraktion Schleswig-Holstein

Pressesprecherin
Claudia Jacob

Landeshaus
Düsternbrooker Weg 70
24105 Kiel

Telefon: 0431 / 988 - 1503
Fax: 0431 / 988 - 1501
Mobil: 0172 / 541 83 53

presse@gruene.ltsh.de
www.sh.gruene-fraktion.de

Es gilt das gesprochene Wort!

TOP 40 – Inklusion an Schulen

Dazu sagt die schulpolitische Sprecherin
der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen,

Anke Erdmann:

Nr. 342.14 / 10.09.2014

Inklusion ist nicht bequem – auch nicht für uns Abgeordnete

Wenn wir über das Thema Inklusion an Schulen reden, sprechen wir über mehr als 16.000 Kinder und Jugendliche, die einen Förderbedarf haben. Rechnen wir die Kinder ein, bei denen dies noch keine Diagnose bestätigt, z.B. in der Grundschule, dann werden es mindestens 19.000 sein.

Diese 19.000 Kinder und Jugendlichen, deren Eltern, deren Mitschülerinnen und Mitschüler, deren Lehrkräfte – ob in Förder- oder allgemeinbildenden Schulen – diese vielen Menschen sind unmittelbar von Inklusion an Schulen betroffen.

In den letzten zehn Jahren – seit dem Schuljahr 2003/2004 - hat sich die sogenannte Inklusionsquote, die nicht zwischen Inklusion und Integration unterscheidet, mehr als verdoppelt. Jahr für Jahr gab es einen stetigen Anstieg von drei bis vier Prozent. Das Tempo, die Zunahme der Inklusion, hat also keine parteipolitische Färbung. Uns eint hier im Parlament sicher eines: Wir wollen Kinder mit Handicap, mit Unterstützungsbedarf – soweit es geht – in Regelschulen fördern, ihnen dort Teilhabe ermöglichen. Es ist gut, dass inzwischen mehr als jedes zweite Kind mit Förderbedarf inklusiv beschult wird. Die Quote darf aber nicht zu Lasten der Qualität gehen.

In den letzten zehn Jahren waren Viele an der Umsetzung von Inklusion beteiligt, vielfältige Strukturen wurden aufgebaut und haben sich entwickelt, oft von Kreis zu Kreis nicht vergleichbar, teilweise schon von Schule zu Schule gänzlich unterschiedlich: eine unübersichtliche Struktur – oder auch eine bunte – vieles aus enormer Eigeninitiative vor Ort entstanden. Es ist eine Mammutaufgabe, allein über diese Vielfalt einen ersten, landesweiten Überblick zu bekommen.

Am Bericht und dem Konzept der Landesregierung wird kritisiert, dass es „unfertig“, nicht „zu Ende gedacht“ sei. Von mir selber weiß ich: Je größer meine Fragezeichen bezogen auf ein komplexes Themenfeld sind, desto dringender wünsche ich mir einfache Formeln und klare Strukturen. Das ist verständlich, aber selten kann das erfüllt werden. Inklusion ist eben kein Konzept, das restlos und glatt aufgehen kann.

Es stimmt: Es gibt keine klare Formel und es gibt viele offenen Fragen – aber in der Praxis kommen wir mit einfachen Parolen wie „Inklusion entschleunigen“ oder „Förderzentren erhalten“ auch keinen einzigen Schritt vorwärts, denn nichts davon gilt landesweit.

Ich nehme das Beispiel Förderzentren. Ja, sie bleiben – wie im Koalitionsvertrag vereinbart und von der Opposition gefordert – erhalten. Das gilt auch für Förderschulen – also die gesonderte Beschulung. Das gilt sogar für Förderschulen „Lernen“. Es ist kein hermetisches, klares Konzept, sondern eines, in dem sich alle aus der vielfältigen Landschaft in Schleswig-Holstein wiederfinden können.

Es ist kein „Bastakzept“ – und ich finde, das ist eine echte Stärke. Stellen wir uns nur einmal vor, es wäre anders gekommen und die Ministerin hätte „klarere Ansagen“, deutlichere Leitlinien vorgelegt – dann würde heute der Ideologievorwurf in Richtung Regierungsbank nur so einhämmern.

Mir gefallen zwei Linien des Berichtes besonders gut:

Erstens ist es ein redlicher Bericht. Keine „Weiter so!“-Parolen, sondern eine echte Auseinandersetzung mit den Baustellen – nicht mit allen, aber mit vielen.

Zweitens spricht die Landesregierung klar aus, was klar ist, aber in der Deutlichkeit von keiner Landesregierung gesagt wurde: Inklusion an Schulen gibt es nicht zum Nulltarif.

Die kollektive Realitätsverweigerung der Politik in Sachen Inklusion ist beendet!

Wer sehen möchte, wie weit sich die Landesregierung bewegt hat, möge sich den Bericht der alten Landesregierung von 2011 anschauen: Aufkommensneutral sei alles machbar und sowieso alles in Butter. - Pustekuchen!

Dass die Landesregierung dann auch gleich on top Schulassistenten einführen will, zeigt: Hier geht es um Taten statt um Worte. Ja, das Konzept steht noch nicht, aber mir ist eine Landesregierung lieber, die erst mal den Bedarf anerkennt – und der ist doch unstrittig. Damit ermöglicht die Landesregierung eine klare Grundlage für weitere Ausgestaltungen. Das ist mir lieber als eine superausgefeilte Tätigkeitsbeschreibung aus dem Bildungsministerium, die dann aber am Kabinett und an der Finanzministerin scheitert, die dann auf dem Geld hockt und die Mittel nicht locker macht. Aber so ist es nicht – und das ist auch gut so!

An einer Stelle hat meine Fraktion aber noch besonderen Diskussionsbedarf: Der Bericht spricht davon, dass keine weiteren Förderlehrkräfte eingestellt werden sollen. Das sehen wir anders. Aus den BAföG-Mitteln schaffen wir mehr als 700 Stellen – wir haben nicht nur bei der regulären Unterrichtsversorgung ein dickes Minus – auch bei den Förderlehrkräften fehlen uns 150 Stellen um 100 Prozent Versorgung zu erreichen. Hier müssen wir ran, denn das hilft Förderzentren wie Regelschulen, stützt den regulären Unterricht wie auch die Inklusion.

Klar, es sind noch viele Fragen offen:

Die Ausgestaltung der Schulassistenz, die Zusammenführung der Assistenzen mit den

Schulbegleitungen – am besten zu Poollösungen, die Erhebung und Förderung während der flexiblen Eingangsphase der Grundschule, der Umgang mit den sogenannten „verhaltensoriginellen“ Kindern und Jugendlichen, die stärkere Einbeziehung von Gymnasien, aber auch deren Unterstützung z.B. bei der Erziehungshilfe, die Entwicklung verlässlicher Förderschulen Geistige Entwicklung, die Ausgestaltung von Inklusion im Ganztage, damit Inklusion nicht mittags endet, die Ansiedlung von Förderlehrkräften an den Förderzentren oder den Regelschulen – diese und andere Fragen sind noch offen. Kein Wunder, die Aspekte, die Förderschwerpunkte, die Strukturen vor Ort sind so vielfältig.

Der redliche Bericht und der Vorschlag der Landesregierung ist eine gute Grundlage. Zumal er die bisherige Diskussion unter komplett neue Vorzeichen stellt. Ich sehe uns vor intensiven Beratungen, hoffentlich auch vor einer Anhörung im Ausschuss.

Inklusion ist nicht umsonst.

Inklusion kommt nicht von allein.

Inklusion ist nicht bequem – auch nicht für uns Abgeordnete.

Lassen Sie uns den Ball volley nehmen.
